

«Warum soll jemand gezwungen werden, das WEF zu bewachen?»

Anders als während des Kalten Krieges fühlt sich die Schweiz heute nicht mehr in ihrer Existenz bedroht. Der an der ETH lehrende Militärsoziologe und Armeevordenker Karl Haltiner stellt deshalb die allgemeine Wehrpflicht in Frage. Er möchte den Militärdienst für freiwillig erklären. *Interview: Erich Aschwanden*

NZZ am Sonntag: *Immer weniger Schweizer sind bereit, Militärdienst zu leisten. Lässt sich unter diesen Umständen die Wehrpflicht aufrechterhalten?*

Karl Haltiner: Die Wehrpflicht und der Milizgedanke sind in der Schweiz stark verwurzelt. Das Milizheer wurde und wird grossenteils von der politischen und wirtschaftlichen Elite geführt. Das hat dazu geführt, dass die Wehrkultur sehr eng mit der politischen Kultur verbunden ist. Diese Verbundenheit steckt sehr tief, unabhängig davon, ob es tatsächlich noch gelingt, alle jungen Leute zum Wehrdienst heranzuziehen.

Doch es kann nicht spurlos an der Armee vorbeigehen, wenn über 40 Prozent der jungen Männer für untauglich erklärt werden.

In der Militärsoziologie gilt die Faustregel, dass es politisch heikel wird, wenn die Wehrgerechtigkeit unter 50 Prozent sinkt. In Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien, Slowenien und den Niederlanden war dies der Fall und hat dazu geführt, dass die Wehrpflicht überstürzt, ja praktisch über Nacht, abgeschafft wurde. Mit den Berufsarmeen, die daraufhin entstanden, sind vor allem die kleineren Staaten nicht glücklich. Es fehlt an Nachwuchs, und die Armeen drohen zum Sammelbecken für sozial Benachteiligte zu werden. Wir sollten tabufrei und ohne politischen Druck darüber nachdenken, welche Wege sich uns anbieten, falls die Frage aktuell wird.

Sie stellen also die allgemeine Wehrpflicht in Frage?

Man kann durchaus fragen, ob sie noch angemessen ist. Während des Kalten Krieges war ein Massenheer, ein Bürgerheer mit Wehrpflichtigen, wohl die zweckmässigste Lösung. Zwang wendet der liberale Staat jedoch nur dort an, wo es um seine

Existenzgefährdung geht. Und heute ist die staatliche Unabhängigkeit nicht mehr gefährdet. Der Staat könnte deshalb heute meines Erachtens darauf verzichten, zwangsweise Leute einzuziehen. Warum soll jemand gezwungen werden, zum Beispiel das Weltwirtschaftsforum zu bewachen?

Dann ist für Sie die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht keine Lösung.

Nein, denn es geht ja nicht um die Existenzsicherung der Gemeinschaft. Eine allgemeine Dienstpflicht beispielsweise für die Altenpflege würde dem Pflichtdienst eine ursprungsfremde Rechtfertigung geben. Warum sollte dann eine Gemeinde ihre Einwohner nicht dazu verpflichten können, Strassen zu putzen?

Wie sieht Ihre Alternative zu Berufsarmee und allgemeiner Dienstpflicht aus?

Ich schlage vor, das bestehende Milizsystem mit reduzierter Wehrpflicht beizubehalten. Konkret würde die Wehrpflicht auf einen Tag beschränkt. Sämtliche 18-jährigen Schweizerinnen und Schweizer würden zu einem Informationstag aufgeboden. An dieser Aushebung wird für die Beteiligung an einer Freiwilligenmiliz geworben und informiert. Auch niedergelassene Ausländer sollen sich beteiligen können. Frankreich hat diesen Pflichttag mit sehr guten Erfahrungen bereits eingeführt. Wer nicht daran teilnimmt, kann keinen staatlichen Ausweis beantragen, zum Beispiel den Fahrausweis, der in diesem Alter ja sehr begehrt ist.

Wie sähe denn ein solcher Freiwilligendienst aus?

Das Gros der Armeeangehörigen würde aus Freiwilligen beider Geschlechter ab 18 bis etwa 40 oder 50 Jahren bestehen. Sie müssten sich verpflichten, während mindestens

fünf Jahren neben ihrem Beruf Militärdienst zu leisten mit der Möglichkeit zur Verlängerung. Wie im heutigen System müssten sie eine mehrmonatige Grundausbildung durchlaufen und pro Jahr mindestens 30 Tage Dienst leisten, davon 20 am Stück. Damit verbunden wäre die Pflicht, Ernstfalleinsätze zu leisten, beispielsweise bei der Bewachung des WEF.

Was muss den Freiwilligen geboten werden, damit sie Militärdienst leisten?

Wie heute würden alle Dienstleistenden während der Ausbildung und im Einsatz arbeitsrechtlichen Schutz geniessen. Dazu müsste eine Mischung aus materiellen und nichtfinanziellen Anreizen kommen. Neben einem bescheidenen Lohn gäbe es Beiträge für die Ausbildung und einen AHV-Bonus. Denkbar ist auch, dass die Angehörigen der freiwilligen Miliz lebenslang einer speziellen Krankenkasse beitreten könnten, die vom Bund finanziert wird. Steuererleichterungen könnten allenfalls über die Bundessteuer gewährt werden.

Wie viele Leute müsste die Freiwilligenmiliz umfassen, damit die Armee funktionsfähig bleibt?

Schätzungsweise 25 000 bis 30 000 Freiwillige liessen sich für ein Mitmachen in der Armee motivieren. Das entspricht bei 22 Jahrgängen zwischen den 18- und 40-Jährigen etwa 2 Prozent pro Jahrgang. Das sind etwa gleich viele Personen, wie sich heute in der Milizarmee schon freiwillig für den Kadereinsatz zur Verfügung stellen.

Kann die Armee mit diesem relativ geringen Bestand alle Aufgaben erfüllen?

Die Freiwilligenmiliz muss durch einen erweiterten Kern von Zeitsoldaten ergänzt werden. Dadurch erreicht die Armee die unter dem heutigen

Bedrohungsprofil absolut unabdingbare erhöhte Bereitschaft und Durchhaltefähigkeit. Diese Präsenzerhöhung ist sehr wichtig, setzt der Staat die Armee doch immer mehr als Multifunktionsmittel, gewissermassen als Breitband-Antibiotikum gegen die verschiedensten Gefährdungen, ein. Bevor wir über die Bestände von Freiwilligen und Zeitsoldaten sprechen, müsste die Politik daher definieren, welche Aufgaben die Armee in welcher Priorität übernehmen soll.

Was passiert mit den Frauen und Männern, die keinen Dienst leisten wollen? Müssen sie Wehrpflichtersatz zahlen?

Nein, wer sich der Freiwilligenmiliz nicht anschliesst, muss sich aber bewusst sein, dass er registriert bleibt. Wenn der Notfall einträte und ein territorialer Konflikt drohte, stünden sie als Reserve bereit. Dieses System wird beispielsweise auch in den USA praktiziert, wo sich alle jungen Männer einschreiben müssen.

Kann sich denn die Schweiz eine solche Freiwilligenmiliz überhaupt leisten?

Die Kosten dürften sich meiner Schätzung nach etwa im Bereich der aktuellen Verteidigungsaufgaben bewegen oder etwas tiefer liegen. Man sagt immer, Wehrpflicht und Miliz seien kostengünstig. Das trifft zwar für die budgetwirksamen Kosten für den Staat zu, doch es ist eine verkürzte Perspektive. Volkswirtschaftlich muss man auch jene Kosten berücksichtigen, die durch die Abwesenheiten der Dienstleistenden am Arbeitsplatz entstehen. Mit der Freiwilligenmiliz wüssten wir, was das Anreizsystem kostet, und kämen dadurch der Kostenwahrheit näher.

Wie schätzen Sie die politischen Chancen Ihrer Idee ein?

Momentan ist die Zeit dafür sicher noch nicht reif, und ich möchte keinesfalls politischen Druck erzeugen. Doch die Diskussion läuft bereits. So fordern Teile der SP die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, während Politiker wie Ständerat Bruno Frick oder Nationalrat Christophe Darbellay eine allgemeine Dienstpflicht vorschlagen. Unsere jährlichen Umfragen an der ETH zeigen eine wachsende Sympathie für eine Freiwilligenarmee nach dem Motto «Ja, aber ohne mich». Wenn in Deutschland oder Österreich die Wehrpflicht in Frage gestellt werden sollte, hätte dies Auswirkungen auf die Schweiz. Dazu kommt der wachsende finanzielle Druck. Wir Schweizer mit unserer sehr eigenen Wehrtradition sollten uns daher überlegen, welche Optionen mit unserer politischen Tradition vereinbar und zugleich aufgabengerecht sind, wenn die Wehrpflicht dereinst ernsthaft zur Disposition gestellt werden sollte.